

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementpreis für einen Monat einschließlich Bringerlohn 6.— Mk., bei Selbstabholung 5.50 Mk. Durch die Post bezogen vierteljährlich 18.— Mk., für einen Monat 6.— Mk. — Preis der Einzelnummer 30 Pf. — Telefon für Kontor und Expedition: 2721 und 4596. — **Postcheckkonto Nr. 53477**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 10/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telephon 13693. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 10/21 — Telephon 4596

Inseratenpreise: Die 7 gespaltene Kolonelle oder deren Raum 1.00 Mk., bei Plavoorchrift 2.30 Mk.; Familiennachrichten, die 7 gespaltene Zeile 1.70 Mk. Reklame-Kolonelle 7.50 Mk. — Telefon für die Inseraten-Abteilung 2721
Schluß der Inseraten-Aufnahme für die fällige Nummer vormittags 9 Uhr

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Bestellungen nehmen die Austräger, Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen.

Die Maidemonstrationen.

Ueber die gestrigen Maidemonstrationen des Proletariats liegen heute nur wenige unvollkommene Berichte vor, die ein abschließendes Urteil über den Verlauf der Kundgebungen noch nicht gestatten. Aus allen eingelaufenen Meldungen geht hervor, daß die Demonstrationen überall durch die unheilvolle Zersplitterung der Arbeiterbewegung ungünstig beeinflusst waren, wodurch naturgemäß auch ihre Wirkungen entsprechend beeinträchtigt wurden.

Trotzdem ist die Beteiligung der Arbeitermassen an den Kundgebungen, über die bis zur Stunde Berichte vorliegen, sehr hoch gewesen und sie hat teilweise alle Erwartungen übertroffen. Auch die diesjährige Maifeier hat bewiesen, daß der Maidenkult so tief in den Köpfen der deutschen Arbeiter Wurzel geschlagen hat, daß er unausrottblar geworden ist. Auch die gestrigen Demonstrationen haben gezeigt, daß das deutsche Proletariat unerschütterlich festhält an den Forderungen, die der Maifeier zugrunde liegen. Die Heerschau des Proletariats am 1. Mai hat erneut bewiesen, daß die Arbeitermassen bereit stehen, allen Angriffen der Reaktion zu begegnen, daß sie entschlossen sind, den Kampf aufzunehmen und ihn durchzukämpfen bis zum Sieg, bis zum Triumph des Sozialismus.

Die Kundgebungen der Berliner Arbeiterschaft.

Berlin, 2. Mai. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Bei der Demonstration im Lustgarten hat die Berliner Arbeiterschaft von neuem ein Bekenntnis zum revolutionären Sozialismus abgegeben. Während die Rechtssozialisten in einigen kleinen Sälen in der inneren Stadt versammelt waren, und die Demonstration der Kommunisten im Friedrichshain mäßig besucht war, fanden sich die Massen der Berliner Arbeiterschaft zur Kundgebung der K. P. im Lustgarten zusammen. Die Demonstration nahm einen außerordentlich glänzenden Verlauf. Es sprachen Genosse Crispian, Dr. Herz, Raabold und Emil Barch. Am Schluß waren Kinder und Jugendliche versammelt. Zu Hunderten hatten sie sich eingeschunden, geschminkt mit Kränzen, bunten Bändern und Fahnen. Hier sprachen Genosse Löwentin und Genossin Elisabeth Bed. Um 12 Uhr war die Demonstration im Lustgarten beendet. Die Massen begaben sich in geschlossenen Zügen in die Arbeiterquartiere zurück. Es war zu beobachten, daß sich in der Berliner Arbeiterschaft eine neue Zuversicht und ein erneuter Kampfeswille bemerkbar machte.

Ein Zusammenstoß mit der Schutzpolizei.

Berlin, 2. Mai. Bei den Maifeierkundgebungen kam es in der Müllerstraße zu einem blutigen Zwischenfall. Durch die Menschenansammlung wurde dort der Verkehr in empfindlicher Weise gestört. Auf die Aufforderung einer Patrouille der Schutzpolizei, auseinanderzugehen, wurde aus der Menge heraus mit Schimpfworten geantwortet. Als hierauf die Beamten die Schreier aus der Menge feststellen wollten, drang diese auf sie ein, wobei ein Wachtmeister durch einen Messerstich in die rechte Schulter verwundet wurde. Die Beamten machten hierauf von ihren Schusswaffen Gebrauch. Ein Demonstrant erhielt einen Schuß in den Unterleib; ein anderer einen Schuß in den Oberarm. Die Menge stob darauf auseinander und nahm die Verwundeten mit sich.

Die Maifeier in Dresden.

Dresden, 2. Mai. Die Maifeier der sozialdemokratischen Parteien im Ausstellungspalast spielte sich im Rahmen eines großen Volksfestes mit musikalischen und sportlichen Darbietungen ab. Am Nachmittag hielt Ministerpräsident Bue die Festansprache. — Die unabhängige Sozialdemokratie veranstaltete mit mehreren tausend Teilnehmern einen Demonstrationzug durch die Straßen der Stadt, in dem auch die Sozialistische Arbeiterjugend vertreten war. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen. — An dem Umzug der Kommunisten haben sich nach den Berichten bürgerlicher Blätter etwa 600 Personen beteiligt.

In Halle wurde die Maifeier von allen drei Parteien durch Versammlungen und Ausflüge in die Umgebung begangen.

In Frankfurt am Main

verließ nach den vorliegenden Meldungen die Maifeier der sozialistischen Parteien bei starker Beteiligung ohne Zwischenfälle.

In München

ist der 1. Mai ebenfalls völlig ruhig verlaufen. Die Mehrheitssozialisten hielten vormittags in der Arena des Ausstellungsparks eine Versammlung ab, zu der Tausende erschienen waren. Die Unabhängigen hatten zwei stark besuchte Versammlungen in großen Sälen veranstaltet.

Zusammenstöße bei den Maidemonstrationen in Italien.

Rom, 2. Mai. Nach einer Stefanimeldung aus Neapel kam es dort bei einer kommunistischen Maifeier, als nach mehreren Rednern der Deserteur Milano, ein früherer Abgeordneter, zu sprechen versuchte, wogegen die Nationalisten und die unitarischen Sozialisten Widerspruch erhoben, zu einem Handgemenge, wobei vier Personen verletzt wurden. In Ravenna wollten die Faschisten die rote Fahne herunterholen, sie wurden von den Kommunisten angegriffen, wobei es einen Toten und zwei Vermundete gab. In Corato, eine Ortschaft in der Provinz Bari, kam es gleichfalls zu einem Zusammenstoß, wobei eine Person getötet und zwei verwundet wurden. Im übrigen sind, Stefani zufolge, die Maifeiern in ganz Italien ohne bemerkenswerte Zwischenfälle verlaufen.

Die Maifeier in der Schweiz.

Zürich, 2. Mai. (T. U.) (Frankf. Ztg.) Die sozialistischen Maifeiern in der Schweiz sind überall ohne Zwischenfälle verlaufen.

Die Gewerkschaftsinternationale tritt für die deutschen Vorschläge ein.

London, 30. April. Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes erklärt nach Kenntnisnahme der neuen deutschen Vorschläge, betreffend die Wiedergutmachung, daß diese Vorschläge geeignet sind, den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen den Regierungen der Entente und Deutschland zu bilden. In Erwägung der Erklärung der in Amsterdam anwesenden Vertreter der deutschen Arbeiterorganisationen:

Die Vorschläge der deutschen Regierung werden von der deutschen Arbeiterklasse unterstützt, und die Gewerkschaftsorganisationen Deutschlands erklären sich bereit, alles aufzubieten, um die aus den neuen Vorschlägen resultierenden Vereinbarungen durchführbar zu machen.

Die Internationale Gewerkschaftsbund der Meinung Ausdruck, daß unter diesen Bedingungen und angesichts derartiger Garantien

der Weg gebahnt ist für eine friedliche Lösung der Probleme, die nicht nur auf dem Leben der Bevölkerung, der durch den Krieg verwüsteten Gebiete, sondern auf der gesamten Weltwirtschaft lasten.

Indem der Internationale Gewerkschaftsbund auf seine in London im November 1920 und in Amsterdam am 31. März und 1. April 1921 angenommenen Resolutionen verweist, erklärt er auf neue, daß die Zukunft zu einer Politik der Gewalt nur geeignet ist, den eben erst wieder erwachenden Frieden in der Welt zu stören und den alten Kulturen neue hinzuzufügen. Er fordert in höherem Interesse der Völker, daß die Wiedergutmachung sich gründeln muß auf die Mitarbeit der Völker, die allein die Garantie bietet, den getroffenen Abmachungen ihre Wirksamkeit zu sichern und zugleich die für die Errichtung eines definitiven und dauernden Friedens notwendige Wiedererhöhung der Völkerermöglicht werden.

Der Internationale Gewerkschaftsbund gibt den Gefühlen der organisierten Arbeitermassen Ausdruck, indem er die Regierungen der Entente auffordert, Verhandlungen anzubahnen, ohne zu neuen Sanktionen, die immer unwirksam bleiben werden, Zuflucht zu nehmen, und andererseits die Regierung Deutschlands auffordert, das gegebene Wort zu respektieren, indem sie das äußerste Maß an Bereitwilligkeit zeigt und hinsichtlich der Militärexistenzen ihres Landes, die immer noch eine Bedrohung der deutschen Republik und durch die rückwirkenden Folgen eine Bedrohung des europäischen Friedens darstellen, die gebotenen Maßnahmen ergreift. Der Internationale Gewerkschaftsbund ist überzeugt, daß er auf diese Weise im Interesse der Bevölkerung der verwüsteten Gebiete wie für den Frieden der Welt wirkt, der unerlässlich ist, damit die Nationen sich aus ihrer gegenwärtigen schmerzlichen und gefährlichen Lage befreien können.

Die Friedensresolution Krog angenommen.

Washington, 30. April. Der Senat hat die Friedensentschließung des Senators Krog mit 49 gegen 23 Stimmen angenommen. Senator Lodge, der in einer Rede diese Entscheidung befürwortete, kündigte an, daß wahrscheinlich ein Vertrag mit Deutschland folgen würde, sobald sie Gesetzeskraft erlangt haben werde.

Washington, 30. April. Wie Reuter weiter berichtet, sagte Senator Lodge in seiner Rede, in der er die Friedensentschließung von Krog befürwortete, im Anschluß an den Vertrag mit Deutschland würden auch Verträge mit den übrigen feindlichen Staaten abgeschlossen werden.

Washington, 30. April. Wie Reuter über die Sitzung des Senates berichtet, in der die Entschließung des Senators Krog angenommen wurde, erklärte der Präsident und der Vertreter des Staatsdepartements, Senator Lodge habe es klar ausgesprochen, daß die Vereinigten Staaten nicht die Absicht hätten, die Militärenten im Stich zu lassen.

Washington, 1. Mai. (U. S. Tel.) Der amerikanische Senat hat die Resolution Krog mit 49 gegen 23 Stimmen unanversändert angenommen. Ein Änderungsantrag des Senators Townsend, aus Michigan, den Widerruf der Kriegserklärung zurückzulassen, wurde abgelehnt. Die Resolution selbst besteht aus der einfachen Erklärung, daß der Kriegszustand beendet sei. Ein der Resolution angefügter Zusatz enthält den Widerruf der Kriegserklärung und die Bestimmung, daß die Vereinigten Staaten sich alle ihre Rechte an dem deutschen und österreichischen Eigentum, das sich gegenwärtig in der Verwaltung des Treuhänders für Feindesgut befindet, so lange vorbehalten, bis durch einen Beschluß des Kongresses oder einen Vertrag eine endgültige Verfügung darüber getroffen ist.

Russische Rückentwicklung.

Wie weit das Privateigentum am Grund und Boden in seiner bäuerlichen Gestalt gefestigt ist, wie sehr der Defektivismus durch die ökonomische Wirklichkeit überwunden ist, wie sehr auch die Verordnungen den neuen Tatsachen Rechnung tragen müssen das zeigt mehr als alle Reden Lenins folgende Meldung des Ost-Expreß:

Das Allrussische Zentralerekutivkomitee wendet sich in einem Beschluß gegen die regellosen Neuauflösungen von Ackerland. Infolgedessen sinkt die Produktivität der Landwirtschaft, da die Bauern sich ihres Bodenbesitzes nicht sicher fühlen. Das Zentralerekutivkomitee ordnet an, daß künftig Neuauflösungen von Ackerland erst wieder neun Jahre nach der letzten Teilung und nur mit Genehmigung der Kreisverwaltungen des Kommissariats für Landwirtschaft erfolgen dürfen. Der Landbesitz der Bauern, der aus der Aufteilung des großen und mittleren Grundbesitzes herrührt, soll, wo dies noch nicht geschehen ist, binnen Monatsfrist aktenmäßig festgelegt werden, sofern er die vorgeschriebenen Grenzen nicht überschreitet. Gleichzeitig wird den Lokalbehörden verboten, den landwirtschaftlichen Sowjet- und Kollektivbetrieben Ackerland zurück zu erteilen, das sich in gesetzlichem Einzelbesitz befindet; auch darf die Fiktion von Kollektivbetrieben nicht durch erhöhte Bodenverteilung begünstigt werden.

Die Schlußsätze zeigen, daß nun auch die Agrarkommunen offiziell bankrott sind, wie das von sozialistischer Seite vorhergesagt wurde. Man wagt nicht einmal mehr, der modernsten Form dieser Kommunen besondere Landzuweisungen zu machen. Das Glas dieser Verbündeten, die sich als Einzelzellen im privaten Bauerntum nicht lösen konnten, zumal sie vorwiegend der Landwirtschaft unfähigen Intellektuellen gebildet wurden, zerbricht auch Dr. L. E. S. Hurwicz. Es wurde auch von Otto Bauer vorausgesagt.

Die Bolschewiki sind aber nicht nur gezwungen, auf dem Lande und in der Industrie wirtschaftlich zu kapitulieren, sondern sie müssen auch mit den „gegenrevolutionären“ Genossenschaften Frieden schließen, mit jenen Genossenschaften, die England seiner Zeit als Vermittler des auswärtigen Handels anerkennen wollte, um die Sowjetregierung zu umgehen. Die Kapitulation wird durch folgende Meldung bezeugt:

Durch ein Dekret der Sowjetregierung werden die Genossenschaften nunmehr für frei erklärt und ihnen wird die Aufgabe zugewiesen, die Leitung des Handels der Sowjetrepublik zu übernehmen. Jedoch soll das Allrussische Zentralerekutivkomitee das Recht haben, Mitglieder in die Genossenschaftsleitungen zu ernennen.

Gleichzeitig erzieht man aus dem Kontrollrecht der Sowjets, daß die Bolschewiki nicht daran denken, politisch abzugeben. Sie machen kein Zugeständnis an die Demokratie im Proletariat. Sie halten ihre militärische Organisation des Beamtentums und der Armee aufrecht, während die Militarisierung der Wirtschaft abgebaut wird. Die Niederwerfung des Aufstandes in Kronstadt, der die Lösung der Demokratie im Proletariat verfolgt — verfolgt durch die frühere Garde der Bolschewiki, die Matrosen —, zeigt, daß Trotski, Lenin und Sinowjew nicht daran denken, politisch umzulerren und die Arbeiterbewegung in westeuropäische Bahnen zu lenken. Sie hoffen, mit der militärisch organisierten Macht der unorganisierten Macht der revolutionären Gegenkräfte zu trotzen. Sie werden diese organisierte Macht sogar in den Dienst der kapitalistischen Gruppen stellen, deren wirtschaftliche Interessen sie erfüllen. Sie können Träger eines Bonapartismus werden, der, auf der allgemainen Erschöpfung der Klassen ruhend, den Gleichgewichtszustand ausnützt und unter sozialistischer Maske die Geschäfte des rücksichtslosesten Kapitalismus bejagt, falls die Bauern und die Entente es zulassen.

Hier liegt die Kernfrage: Sind Lenin und Trotski nicht zu erblich befristet, um diese Rolle zu spielen? Wird nicht ein Bauerngeneral sie ersetzen? Wird die Entente, gefehrt geworden durch die militärischen Niederlagen, es vorziehen, Rußland ökonomisch zu erobern und die abgedankten Feudalen und Halbfeudalen ihrem verdienten Emigrantenschicksal überlassen? Das ist die

* Hurwicz gibt in seinem Anhang zur Schrift von Michael Tugan-Baranowsky: Die kommunistischen Gemeinwesen der Neuzeit (Verlag Friedrich Andreas Perthes, Gotha 1921) eine kurze Skizze dieser Agrarkommunen, die die Ursachen des Zusammenbruchs gut zusammenstellt.

** In seiner Schrift Terrorismus und Kommunismus (Anti-Teutsky) gibt Leo N. Trotski, der Vater dieses Militarisierungsplans, die beste Uebersicht über die beabsichtigte Organisationsform in dem Abschnitt „Die Probleme der Organisation der Arbeit“. Bezeichnend ist übrigens, daß Trotski hier ein Referat wiedergibt und die Gegengründe des Menschewisten Abramowitsch geringschätzt, ohne dessen Rede nur auszugeweiht wiederzugeben. Noch bezeichnender ist, daß in dem offiziellen Protokoll dieses Kongresses diese mehr als eine Stunde dauernde Rede des Menschewisten mit einigen Zeilen abgetan wurde. Dabei wurde die Kritik Abramowitsch' durch die praktischen Erfahrungen bestätigt, die in der wissenschaftlichen bolschewistischen Zeitschrift „Das ökonomische Leben“ mitgeteilt wurden.